sationen hatten 1000 Delegierte entsandt. 4 Millionen Mitglieder waren vertreten. Die Arbeiterpartei hatte diesmal nicht Gäste, sondern vollberechtigte Vertreter entsandt. Der Sekretär führte aus: „Durch Einführung des Begriffs „illegaler Streik" sollen auf dem Wege des zivilen Rechts die Gewerkschaftsfonds der Ausraubung ausgeliefert werden. Durch Einheitsbefehle, womit der Reichsanwalt ausgerüstet wird, soll das verhaßte englische System auch in England auf die Gewerkschaften in Anwendung gelangen. Wird die Vorlage Gesetz, so kann der Reichsanwalt ohne ordentliche Gerichtsverhandlung durch die Richter Einheitsbefehle erwirken, wodurch ein Streik schon im Anfangsstadium zum Stillstand gebracht wird. In den meisten Fällen solcher Art wäre ein Einspruch undenkbar. Der Richter, der zu entscheiden habe, könne alle Einwendungen mit der Erklärung abtun: „Die rechtliche Frage könne zurzeit nicht geklärt werden, da das der „Verhandlung vorbehalten ist." Mitterweile müßte der Streik abgebrochen werden, da die Verhandlungen im ordentlichen Gericht gewöhnlich erst nach Monaten zustande kommt. Auf diese Weise würde ein Streik einfach aus dem Bereich wirtschaftlicher Kampfmittel herausgerissen, da stets mit der Möglichkeit der Beschlagnahme des Gewerkschaftsfonds zu rechnen sei."

Wie in Deutschland beim Kapp-Putsch die Parole zum Generalstreik erst von den Massen erzwungen wurde, so scheinen auch die englischen Spitzen der Labour Party und der Gewerkschaften sicher zu sein, daß ihnen der kapitalistische Staat so oder so stets ihre Pfründen sichern wird. Aehnlich wie der Kampf 1926 das größte Ausmaß des wirtschaftlich legalen Kampfes sein soll, so soll jetzt wohl auf parlamentarisch-politischem Gebiet das Größtmögliche geleistet werden. Der von der Konferenz gutgeheißene Plan einer nationalen Kampagne bedeutet nicht mehr und nicht weniger als eine Vorbereitung für die kommenden parlamentarischen Wahlkämpfe, bei der die Arbeiterpartei ganz ernsthaft auf eine Mehrheit rechnet." (Nr. 20 der Gewerkschaftszeitung.) So schreibt denn Ramsay Macdonald in einem Brief aus Amerika an seine Wähler:

„Wir werden die Antigewerkschaftsbill im Parlament mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln bekämpfen. Allerdings dürfen unsere Freunde die zurzeit bestehenden machtpolitischen Verhältnisse nicht außer Acht lassen. (Hat doch die Regierung eine Mehrheit von 200 Abgeordneten hinter sich). Es ist fraglich, ob es uns gelingt, die Vorlage so zu gestalten, daß sie auch von den Gewerkschaften als brauchbar angesehen werden kann. Das eine Versprechen aber kann ich schon jetzt geben: Sobald wir mit einer Mehrheit im Parlament einziehen, werden wir dieses Schandgesetz wieder beseitigen."

Dem parlamentarischen Irrsinn wird damit noch die Krone aufgesetzt, daß dieses Gesetz bei den besonderen englischen Verhältnissen, indem es einseitig den Gewerkschaften verbietet, Beiträge für die Partei abzuführen, der Ausbreitung der politischen Arbeiterbewegung entgegenwirken will.

Der Kongreß wirkt trotz des Ernstes der Lage gerade für die zünftigen Gewerkschaftler wie eine Harlekinade. Er stellt außerdem fest: „Außerdem laufen die Funktionäre und Beamten Gefahr, für jede Streikhandlung zu Geldstrafen und Gefängnis verurteilt zu werden."

Er wählte einen Verteidigungsausschuß. Ein Antrag der Kommunisten, aufs neue den Generalstreik auszurufen, wird mit großer Mehrheit nicht zur Tagesordnung zugelassen. Dagegen lautet die Entschließung der Konferenz in ihren letzten Sätzen:

**Der Widerstand der organisierten Arbeiterschaft gegen ein solches Gesetz wird ungeahnte Formen annehmen."**

## Sacco und Vanzetti

Frank Merten.

**O Justiz, reiße die Binde von deinen Augen!**
**Betrachte dies Verbrechen, begangen in deinem Namen;**
**Dann höre der Arbeiter Stimmen gerollen die Himmel**
**Widerhallend, donnergleich bekunden deine Schande.**

**Sie begrüßen dein Urteil lachend, unerschrocken,**
**Mit erhobenen Köpfen, siegkühl und furchtlosem Auge,**
**Zu Millionen vereint in deinem gewaltigen Kerkerzug.**
**Daß du nicht morden kannst unsere Brüder!**

## Zündspiel

(Aus dem amerikanischen.)

Klaus' Augen liegen heute tiefer im Kopf als sonst. Er ist bleich, die Unterlippe zittert und wölbt sich nach vorn. Bleierne Schwere sitzt ihm in den Knien, macht seine Schritte ängstlich und unsicher. Die zusammengequälten Schultern versuchen seine fortstrebende Kraft zu halten. Ihn friert; die Märznacht ist kalt und treibt eisigen Staub gegen die Häuser. Klaus sieht nur die schweren Stiefel seines Genossen, der groß und sicher neben ihm schreitet. Er wagt nicht aufzusehen, wagt nicht zu sprechen. Der andere darf seine Schwäche nicht fühlen.

„Wir müssen noch warten, die Straße ist zu belebt", hört er dessen gleichmütige Stimme. „Ja", antwortet er kurz und durch den Kehlkopf gehärtet. Es klingt dumpf und gesprungen. Sie biegen in den dunklen Park ein.

Schwere Schritte kommen gleichmäßig tönend, hinrschend den Kiesweg hinauf. Kokarden schimmern wie Irrlichter und bewegen sich vorwärts. Aus dem Dunkel lösen sich langsam noch dunklere Körper los. Eine Taschenlampe blitzt auf, ihr blendender Schein beleuchtet grell die Entgegenkommenden, forscht, springt wieder zurück und verlöscht.

„Wenn deren Dienst jetzt beginnt, können wir sie bei der zweiten Runde stellen", hört Klaus den Genossen flüstern und leise wirft er sein Ja zurück. Er starrt in die dunklen, hohen Pappeln, die den Weg einrahmen, und sucht ihre Wipfel. Sie scheinen in der undurchdringlichen Finsternis mit dem Himmel verwachsen. Der Wind peitscht die dünnen Aeste in spielerischer Raserei gegen die schlanken Stämme; komponiert die Musik der Nacht.

Angst umschleicht sein Herz. Wenn es nicht gelingt, was dann? Lähmende Schauer ergreifen seinen Körper und beengen die Brust. „Dann ist alles zu Ende", antworten die Gedanken und lassen noch einmal die Taschenlampe aufzucken, zeichnen noch einmal silhouettenhaft die Umrisse der Ordnungsmacht schinen. Erbärmlichste Feigheit gewinnt ihm Selbstvorwürfe auf. Verflucht, wagum hatte er diese Geschichte auch begonnen? Scham, brennende Scham wirft sich sofort wieder dazwischen, mildert und dämpft die Anklage, rechtfertigt die Spontanität, mit der er sich dem Genossen in der Versammlung selbst angeboten hat. Da hatte er seinem brünstig suchenden Blick standgehalten und ihm die Hände gedrückt; sich stolz über die anderen erhoben, die ausgewichen waren, da für sie das Risiko den Wert der Tat übertraf.

Und schon jetzt war sein Mut fort? Er suchte den Pol der veranlassenden Begeisterung, um erneut aus diesem Becher der Kraft zu trinken. Die berauschende Rede des Kuriers aus dem Kampfgebiet, die berichtete und aufforderte, hatte das glimmende Feuer in ihm entfacht. Der hatte von Not und Wollen der Klassengenossen gesprochen, die Solidarität der Tat verlangen; hatte die Greuel der Weißen in ihrer ganzen, viehischen Brualität gezeigt, und die an Tragik grenzende Begeisterung der Genossen aus dem Miterleben heraus plastisch deutlich gemacht. So deutlich, daß Klaus sich mitten unter ihnen fühlte, mitkostete den Kampf, für eine Sache, die notwendig und schön ist.

Seit zwei Tagen hetzte man in den Betrieben. Die Arbeiter waren nicht auf die Straße zu bringen, sie warteten den Lohntag und das Fest ab. So begnügten sie sich vorläufig mit billigen Sympathieerklärungen. fühlten sich gestärkt und ganz zuinnerst machten sie den Kämpfenden heimliche Vorwürfe. Die von den Genossen organisierten Erwerbslosenzüge hatte die Polizei schon weit vor den Betrieben auseinandergehauen. Die Unmöglichkeit, sich zur Masse zu ballen, hatte um diese Gruppe Lethargie gelagert, die nur auf Anstoß von außen, auf die Tat anderer hoffte. Draußen aber, an den roten Fronten, warteten die Genossen auf die Ausbreitung der Bewegung, die sie, die Avantgarde ausgelöst hatte. Tatsoldaten, die sie entlasten würde, war notwendig und die blieb aus. Die rollenden, mit Söldnern beladenen Züge ins Kampfgebiet mußten aufgehalten werden. Es galt die Militärkamarilla überall zu beschäftigen, zu beunruhigen. Das war das mindeste, was getan werden mußte.

Klaus durchlebt nocheinmal den Bericht des Kuriers. Die markantesten Stellen sind fest umrissen in seinem Hirn. Die Vorstellung zaubert erneut anfeuernde Bilder des Befreiungskampfes vor seine Augen. Wieder sieht er die hohe, den Fluß überquerende Brücke aus Eisenkonstruktion, in der die kämpfenden Genossen hängen. Dort ist ihr Maschinengewehr plaziert, dessen heißer Lauf den schlagenden Tod über das weite Gelände, jenseits des Flusses jagt. Es soll die Weißen aufhalten. Diesseits der Brücke, im Dorf kämpfen andere Genossen, deren Rückendeckung die Brückenkämpfer sind. Das Dorf muß sich halten, bis die Hilfskolonnen, die schon auf dem Wege sind, die Weißen im Rücken angreifen können. Dann erst ist der Sieg gewiß, dann ist das Leben der Genossen im Dorf gerettet und ihre Kampfkraft erneuert.

Die Genossen auf der Brücke kennen ihre Aufgabe und wissen, daß sie aushalten müssen bis zum letzten. Ihre Lage in der Eisenkonstruktion ist ungünstig, doch die Treffsicherheit desto größer. Die Scharfschützen der Weißen haben Zielpunkte und hin und wieder fällt ein Kämpfer, getroffen die Brücke hinab ins Wasser. Zeitweise versuchen die Sturmtruppen am Ufer vorzudringen, das Maschinengewehr auf der Brücke antwortet mit Tod. Es hat bereits große Verluste in ihre Reihen getragen, doch auch sie wissen, was auf dem Spiel steht, sie nicht erbarmungslos ins Dorf kommen. Die Brücke muß fallen. Immer wieder werfen sie sich in das Maschinengewehrfeuer, hoffend, mit dem eizenen Hagel von Schossen die Arbeiter abzuknallen. In den vergehenden Stunden fällt ein Genosse nach dem andern, mit einem Schrei oder Stöhnen, oft auch lautlos, sich bäumend ins aufklatschende Wasser. Der Rest kämpft stoisch, mit dem gleichen Ziel vor Augen, weiter. Es gibt zwar für sie noch Fluchtmöglichkeiten, doch der Gedanke an Hunderte, die auf sie zählen, hält sie zurück.

In Klaus' Augen waren Tränen gekommen. Der Mut und die Aufopferung der Genossen hatten ihn gepackt. Das breite Pathos des Vortragenden, das, aus Herz und Kämpen kommend, anfeuern wollte, riß ihn mit. Er hatte sich zu einer Tat entschlossen, die Mut und Festigkeit von ihm forderte. Die Spontanität seiner achtzehn Jahre gestattete keine Ueberlegung, ließ keine Zeit zur Selbstprüfung; sie zog ihn in den Willenskreis des Kampfes, ohne Rücksicht auf seine Unerfahrenheit.

Die kampfbereiten Gesichter der Versammlungsteilnehmer, deren Leuchten auch seinem Vorhaben galt, hatten ihn so mitgenissen, daß er glaubte, die Welt böge sich unter seinen freigewordenen Energien. Es war wie ein Rausch, der jetzt in Kälte und Dunkelheit verflog. Allein, ohne die Umgebung der wollenden Glut, brauchte er Suggestion und Erinnerungen, um nicht zum Feigling zu werden. Sein Blick gleitet seitwärts, dort wo die Genossen, von dem er nur die schwarzen Umrisse und das Glühen der Pfeife sieht, in dem sekundenlang die energischen Züge auftauchen.

Ob ich mit ihm über alles, was mich jetzt bewegt, sprechen kann? Wenn ich ihm sagen könnte, was ich empfinde? Sein Begleiter wendet sich zu ihm. Doch schon verläßt ihn wieder der Mut. Die Bewunderung, die er dem Genossen bisher entgegengebracht hat, mischt sich plötzlich mit bohrender Verachtung. Welch ein nüchterner, gefühlsloser Mensch. Eine von den Schlüsselfiguren, die ohne persönlichen Haß, aus kühler Berechnung heraus, töten können. Die einfach, nur weil es nötig ist, zuschlagen für die Sache. — Klaus wird auf einmal skeptisch. Für die Sache? Empörte man sich denn nicht gegen die Brutalität? War man nicht mit seinem ganzen Gefühlen gegen die Roheit und Rücksichtslosigkeit gestimmt? Und jetzt sollte er selbst nüchtern und trocken ausführen, was man verachtete, was man beenden wollte. Man wollte mit Mord den Mord beseitigen? Er überrascht sich bei einer neuen Erbärmlichkeit: er heiligt sich, um sich zu schonen. Hatte er diese Fragen nicht schon lange erledigt? Hemmungen — Hemmungen eines Knechtes, der die befreiende Kraft des andern zu schmälern sucht, um seine eigene Unfähigkeit zu entschuldigen.

(Fortsetzung folgt.)

## „Politische Rundschau"

### „Vorwärts"-Klage

Der Völkerverständigungs-„Vorwärts" begrüßte die Völkerbundstagung mit folgender rührenden Klage:

„An der polnisch-russischen Grenze, an den Berührungsflächen des englischen und russischen Weltreiches und dem Balkan steigen Brandschwaden auf. Daß aber der Weltfrieden gefährdet sei, scheint nicht die Auffassung der Amtspersonen zu sein, die seit Sonnabend hier zusammenströmen. Ein halbes Dutzend Außenminister, dazu ein Ministerpräsident, der von Litauen, im Zuge; zwei Dutzend Diplomaten, zwei Dutzend Geheimräte und Attachees von zwanzig Auswärtigen Aemtern sind bis heute mit dem D-Zug oder dem Flugzeug zur 45. Sitzung des Völkerbundsrates hierhergefahren, zu einer Sitzung also des Exekutivkomitees der Internationale der Kulturstaaten — aber der Brandgeruch steigt nicht in ihre amtlichen Nasen."

Es ist auch ein Skandal, daß man zu solch weltpolitischen Entscheidungen nicht die Sachverständigen der Gewerkschaften und Sozialdemokratie heranholt, die einen viel feineren Riecher haben. Ihnen läuft wohl schon eine Gänsehaut über bei dem Gedanken, daß Sie von neuem vor das Dilemma gestellt werden, vor dem sie 1914 standen und aus dem sie zum zweiten Male nicht wieder heil herauskommen. — Bis dahin werden sie nich aufhören, von „Völkerverständigung" durch den kapitalistischen Völkerbund zu faseln.

## „Praktische Arbeit" in Mecklenburg

### Lückenlose Einheitsfront.

Der „Vorwärts" bringt über den Zusammentritt des neuen Landtags folgenden Bericht:

Schwerin, 13. Juni. Am Montag nachmittag trat der Mecklenburgische Landtag zu seiner ersten Sitzung nach den Neuwahlen zusammen. Als Präsident wurde Abg. Genosse Höcker mit den Stimmen aller anwesenden Abgeordneten gewählt. Im Anschluß an die Wahl der Schriftführer und Ausschüsse beantragten die Kommunisten die Haftentlassung des Abgeordneten Schröder-Rostock, der wegen kommunistischer Umtriebe im Jahre 1924 zu 3½ Jahren Zuchthaus verurteilt wurde und diese Strafe zurzeit verbüßt. Der Antrag wurde angenommen; gleichzeitig wurde beschlossen, die Strafverfolgung der beiden anderen kommunistischen Abgeordneten während der Dauer ihrer Zugehörigkeit zum Mecklenburgischen Landtag auszusetzen. Dann vertagte sich der Landtag bis zum 28. Juni."

Das klappt alles tatsächlich wie in einem Puppennekeller. Die „Rote Fahne" verschweigt allerdings, daß die KPD. gemeinsam mit den bürgerlichen Parteien für den sozialdemokratischen Präsidenten gestimmt hat, aber warum soll sie der vorige Landtag erst ein paar KPD.-Abgeordneten aus dem Gefängnis geholt, damit sie für die „Linksregierung" stimmen konnten, und dafür wurde den Demokraten der Präsidentensessel zugeschanzt. Wir haben also doch schon einen „Fortschritt" zu verzeichnen.

## Das Pech der „Eroberer"

### Sie spotten ihrer selbst —

Im „Deutschen Metallarbeiterverband" sind einige Eroberer wohl bereits wieder an die Sprosse herangeklettert, wo der Fuß der Bürokratie sie bereits von oben erreicht und sie in die Tiefe befördert hat. Dieses „Unglück", das sich fortlaufend wiederholt, und über dessen Symptomen alle Wiederholung schon jeder vernünftige Mensch lacht, besingt die „Rote Fahne" vom 12. Juni folgendermaßen:

„Die Bürokraten im Deutschen Metallarbeiterverband haben mit Jadow und Genossen schon immer an der Spitze derjenigen Gewerkschaftsführer gestanden, die jede Opposition durch massenhafte Ausschlüsse aus dem Verband zu ersticken trachten. Seit 1921 ist die mehr oder minder rabiat geführte Ausschlußpraxis im DMV. ein genauer Gradmesser für die Stärke bzw. Schwäche der Opposition. 1921, 1922 und 1923 zur Zeit des stürmischen Vormarsches der Opposition erreichte der Ausschlußkeller die höchste Spitze. 1924, 1925 und in der ersten Hälfte von 1926, zur Zeit der relativen Schwäche der Opposition ging die Zahl der Ausschlüsse stark zurück. Aber seitdem zeigt sich — als bester Beweis des ständigen Wachsens der Opposition — wieder eine geradezu krankhafte Ausschlußwut in allen Bezirken des Reiches. Die Ausschlußbegründungen übersteigen dabei alles bisher dagewesene. U. a. wird dabei einem Genossen — wörtlich — vom Verbandsvorstand (!!) vorgeworfen: „Sie sollen auch ganz frei zugegeben haben, daß Sie durch ihre innere Opposition den Verband erobern wollen" und an anderer Stelle der Anklageschrift: „In ihren Ausführungen wettern Sie gegen die reformistischen Gewerkschaftsführer, gegen die koalitionsfreundlichen Parteiführer." Eine ganze Reihe anderer Genossen werden die Funktionen im Verband aberkannt, „weil Du Mitglied der kommunistischen Zelle bist".

Höher geht's nicht mehr!"

Die Ausschlußwut wird also „kramkhaft", wenn die Opposition sich rührt. Wenn sie kuscht, darf sie bleiben. Wie lange werden sich wohl die Arbeiter der KPD. dieses Theater noch mit ansehen? Das Gestammel der „Roten Fahne" ist wirklich nur noch das Pfeifen auf dem letzten Loch. Sinn hat nur der letzte Satz: „Höher gehts nimmer." Das müssen wohl auch schon die praktisch erfahren haben und noch erfahren, die immer damn herunterpurzeln, wenn sie da angelangt sind, wo es „nicht mehr höher geht."

## Gut gebrüllt . . . !

Die Rote Fahne meldet:

„Nachdem sowohl in Westsachsen wie in Westfalen die oppositionelle Mitgliedschaft der Sozialistischen Arbeiterjugend trotz aller Funktionärausschlüsse, Drohungen und Ultimaten nicht kapitulierte, geht die Bürokratie zum Ausschluß ganzer oppositioneller Gruppen über. So erfolgte jetzt in Westsachsen der Ausschluß der Gruppen Lindenthal, Engelsdorf und Böhlitz-Ehrenberg, sowie die Auflösung des Unterbezirks Leipzig-Land, in Westfalen die Auflösung der Ortsgruppe Milspe.

Die ausgeschlossenen Genossen werden durch ihre Erfahrungen erkannt haben, daß eine Revolutionierung der SAJ. unmöglich und der einzige Weg zur Verwirklichung ihrer Ziele der Anschluß an den Kommunistischen Jugendverband ist."

Die „Fahne des Kommunismus" veröffentlicht, wie als Antwort auf den gelstreichen Kommentar der „Roten Fahne" eine lange Liste von Namen des Bezirks Neukölln der KPD. Die „Rote Fahne" verschweigt allerdings, daß die KPD. gemeinsam mit den bürgerlichen Parteien für den sozialdemokratischen Präsidenten gestimmt hat, aber warum soll sie der Gefängnis geholt, damit sie für die „Linksregierung" stimmen konnten, und dafür wurde den Demokraten der Präsidentensessel zugeschanzt. Wir haben also doch schon einen „Fortschritt" zu verzeichnen.

## Wer ist Sinowjew?

Die Urbahnsfraktion lebt gewissermaßen von den Internas des Ekki. Auf solchen „Grundsätzen" läßt sich wohl keine Taktik aufbauen, aber es ist nicht uninteressant, solch kleine Episoden zu erfahren, wie sie nachstehend in der „Fahne des Kommunismus" erzählt wird:

**Ein gewisser Sinowjew,** längst in den Kreisen der Martynow dringend verdächtig menschewistischer Abweichungen, hatte den naiven Versuch gemacht, die Tagung des Ekki R. d. KAZ.) zu besuchen. Er hatte die Erinnerung daran, daß er einmal, als die Komintern noch lebte, Präsident des Ekki war, und daß einige Dinge in der Welt vorgefallen sind, zu denen er als ziemlich alter und erfahrener Bolschewik eine Ansicht zu äußern hätte. Aber an der Tür des Saales da steht, unparteiisch und ernst, wie Zebernas vor dem Höllentor, ein Posten in Uniform mit Bajonett. Der ließ die „alten Bolschewiken" Martynow und Rafes höflich passieren, die „alten Bolschewiken" Treint, Sémard und Neumann, die Leutnants Dengel, Schneller (wenn sie da waren), den Volk, Pepper und ähnliche Leuchten. Nicht aber Sinowjew. Sinowjew?, so fragte er offenbar, so einer ist hierorts vollkommen unbekannt. Wer ist das? Es gab einmal einen zaristischen Diplomaten auf dem Balkan, der so hieß, aber der ist nicht in der Komintern beschäftigt (die finden in Volkskommissariaten Anstellung). Sinowjew? Weiß Gott, man muß einmal in den Akten nachsehen, ob es einen gibt. Das Resultat: es gibt keinen „so einen." Sinowjew hat mit der Komintern nichts zu tun."

## Wirtschaft

### Die Finanzpolitik des Reiches

#### 6 Prozent Reichsbankdiskont — Zeichen wirtschaftlicher Prosperität?

Am 10. Juni hat die deutsche Reichsbank ihren Diskontsatz[1]) wieder auf 6 Prozent erhöht, nachdem er ab 11. Januar d. Js. nur 5 Prozent, also das Vorkriegsniveau betragen hatte. Der Lombardsatz[2]) blieb, wie bisher 7 Prozent, wie auch vor dem 11. Januar.

Die Erhöhung des Diskontsatzes ist gewöhnlich ein Zeichen angespannten Geldmarktes, also größeren Geldbedarfs. Größerer Geldbedarf wieder bedeutet Lust zu Produzieren, Aussicht auf Absatz und Profit, also Prosperität, Wirtschaftsbelebung, Konjunktur.

Die steigende Arbeitslosenziffer in England, Amerika, Rußland, Italien und kleineren kapitalistischen Staaten, die die Senkung in Deutschland (und anderwärts kompensiert[3]) oder noch übertrifft, deutet schon darauf hin, daß von einer Wirtschaftsbelebung im Weltmaßstab nicht die Rede sein kann. Immerhin kann die Diskontpolitik der Reichsbank ein Zeichen wirtschaftlicher Prosperität in Deutschland sein. Wir müssen das untersuchen.

Der höhere Zinssatz vor dem 11. Januar zog Auslandskapitalien nach Deutschland in der Aussicht auf lohnende Verzinsung. Nach Beendigung des englischen Bergarbeiterstreiks und der deutschen Streikbruchkonjunktur zing in Deutschland der Absatz (und die Produktion) zurück, es wurde weniger Geld gebraucht, die Reichsbank hatte Ueberfluß und senkte deshalb am 11. Januar den Diskontsatz auf 5 Prozent herab.

Der niedrigere Zinsfuß versprach größeren Profit, es wurde wieder mehr Geld auf Wechsel von der Reichsbank beansprucht. Die gesamte Kapitalanlage der Reichsbank in Wechseln, Schecks, Lombards und Effekten betrug am 23. Februar 1353 Millionen Mark. Ende Mai war die gesamte Kapitalanlage der Reichsbank auf 2586 Millionen Mark gestiegen. Noch deutlicher spricht für den Geldbedarf die Verfallzeit der Diskontierungen. Sie betrug (1927 in Tagen):

| | Banken und Private insgesamt | Von Banken in Berlin |
|---|---|---|
| Januar | 26,1 | 9,9 |
| Februar | 24,2 | 18,4 |
| März | 32,2 | 24,5 |
| April | 27,4 | 19,0 |
| Mai | 35,3 | 26,7 |

[1]) Der Zinsfuß, zu dem Wechsel „diskontiert". d. h. beliehen werden.

[2]) Der Zinsfuß, zu dem Geld gegen Unterpfand (Wertpapiere, Waren) ausgeliehen wird.

[3]) Der Lombard ist deswegen höher, weil Wechsel wieder statt Bargeld weitergegeben werden, das Unterpfand aber in den Tresoren der RB. resp. in verschlossenen Speichern bleibt.

[3]) ausgeglicht



# Sozialdemokratie und Kommunismus

### Demokratie und Parlamentarismus.

Die sozialdemokratische Lehre hatte sich nie mit der Frage beschäftigt, in welchen politischen Formen die Arbeiter ihre Herrschaft ausüben werden, sobald sie die Macht erobert haben. Der Beginn der proletarischen Revolution hat auf diese Frage durch Taten die praktische Antwort gegeben. Diese Praxis der beginnenden Revolution hat auf einmal unsere Einsicht in Wesen und Gang der Revolution enorm gehoben, unsere Anschauungen geklärt und neue Einblicke gewährt in das, was früher verschwommen in nebliger Ferne lag. Diese neuen Anschauungen bilden den bedeutendsten Unterschied zwischen Sozialdemokratie und Kommunismus. Wenn der Kommunismus in den bisher betrachteten Punkten die treue Stütze und die folgerichtige Fortsetzung der besten sozialdemokratischen Lehren war, so hebt er sich jetzt durch ganz neue Einblicke über die alte Theorie des Sozialismus hinaus. Der Marxismus erfährt in dieser Theorie des Kommunismus eine bedeutende Erweiterung und Bereicherung.

Nur wenige waren sich zuvor davon bewußt, daß die radikale Sozialdemokratie in ihrer Auffassung von Staat und Revolution — worüber sie übrigens nie redete und diskutierte — sich in bedeutendem Maße von den Anschauungen von Marx entfernt hatte. Zu diesen wenigen gehörte an erster Stelle Lenin. Erst der Sieg der Bolschewiki 1917 und ihre Auflösung der Nationalversammlung bald nachher, zeigt den westeuropäischen Sozialisten, daß dort ein neues Prinzip auftrat. Und in der Leninschen Schrift „Staat und Revolution", die im Sommer 1917 verfaßt worden war, aber erst im nächsten Jahr in Westeuropa bekannt wurde, fanden sie dann die Grundlagen der kommunistischen Staatslehre im Anschluß an Marx' Aeußerungen auseinanderzusetzen.

Der Gegensatz zwischen Sozialdemokratie und Sozialismus, um den es sich hier handelt, wird gewöhnlich in dem Ausdruck „Demokratie oder Diktatur" zusammengefaßt. Aber auch die Kommunisten betrachten ihr System als eine Form der Demokratie. Wenn die Sozialdemokraten von der Demokratie reden, meinen sie damit die Demokratie angewandt auf den Parlamentarismus, was sie verlechten, ist die parlamentarische oder bürgerliche Demokratie. Wie steht es damit?

Demokratie bedeutet Volksregierung. Selbstregierung des Volkes. Die Volksmasse soll ihre Angelegenheiten selbst regeln und darüber gebieten. Ist das jetzt der Fall? Jedermann weiß, daß dem nicht so ist. Die Staatsgewalt beherrscht und regelt die gemeinsamen Angelegenheiten, sie regiert das Volk, das die Untertanen bildet. Praktisch besteht der Staatsapparat aus der Gesamtheit der Beamten und Militärs. In Verwaltungsfunktionen nötig, aber in unserem Staate sind die aus Dienern zu Herrschern des Volkes geworden. Die Sozialdemokratie ist der Ansicht, daß die parlamentarische Demokratie, durch die das Volk seine Regierung wählt, imstande ist — wenn es nur die richtigen Leute wählt — die Selbstregierung des Volkes zu verwirklichen. Wie es damit steht, lehren. Daß die Masse der Arbeiter den Kapitalismus nicht wieder hergestellt sehen wollen, ist wohl zweifellos. Bei den Wahlen galt die unbeschränkte Demokratie, kein militärischer Terrorismus trat hindernd auf, als die Parlamentarier, die Reaktion waren machtlos — und trotzdem ist das Resultat eine Wiederherstellung der alten Unterdrückung und Ausbeutung, eine Aufrechterhaltung des Kapitalismus gewesen. Die Kommunisten haben damals schon gewarnt und vorausgesagt, daß auf dem Wege der parlamentarischen Demokratie eine Befreiung der Arbeiter von der Ausbeutung durch das Kapital nicht möglich sei.

Die Volksmasse übt ihre Macht in dem Wählen aus. An dem Wahltag ist die Masse souverän, kann sie ihren Willen durchsetzen, nämlich durch die richtige Wahl ihrer Vertreter. An diesem einen Tag ist sie Herr — aber wehe, wenn sie nicht die richtigen Leute wählt; denn während der ganzen Jahre der Parlamentsdauer sind die Massen machtlos. Sind sie einmal gewählt, so haben die abgeordneten, die Parlamentarier, über alles zu entscheiden. Diese Demokratie ist nicht eine Regierung des Volkes selbst, sondern eine Regierung der Parlamentarier, die nahezu unabhängig über der Masse stehen. Um sie in höherem Maße abhängig zu machen, sind wohl Vorschläge, z. B. jährliche Neuwahlen oder noch gründlicher — das Abberufungsrecht (verpflichtete Neuwahl, wenn eine bestimmte Anzahl Wähler es fordert) gemacht worden; aber verwirklicht sind diese Vorschläge natürlich nirgends. Gewiß können die Parlamentarier nicht ganz nach Belieben schalten und walten, denn nach vier Jahren müssen sie sich wieder zur Wahl stellen. Aber zu jener Zeit trachtet man die Massen durch demagogischen Phrasen zu überlisten, daß sie zu einer kritischen Beurteilung gar nicht kommen. Liegt die Sache so, daß die Wähler am Wahltage sich selbst einen geeigneten Vertreter aussuchen, der in ihrem Namen macht, was sie ihm auftragen? Nein, sie haben nur die Wahl zwischen verschiedenen Personen, die von den politischen Parteien ausgesucht und aufgestellt wurden; und sie sind schon im voraus durch die Zeitungen dieser Parteien bearbeitet worden.

Gesetzt aber den Fall, eine große Anzahl von Personen ist von den Massen als wirkliche Vertreter ihrer Absichten ausgesucht und ins Parlament geschickt worden. Kommen sie dort nun zusammen, so bemerken sie bald, daß das Parlament nicht regiert; es hat nur die Gesetze zu beschließen, aber sie nicht durchzuführen. In dem bürgerlichen Staat besteht eine Trennung der gesetzgebenden und der ausführenden Gewalt; das Parlament hat bloß die erste nebst einer Kontrolle der zweiten; die wirklich ausführende Gewalt, die Durchführung der Gesetze, liegt in den Händen der Bürokratie, des Beamtentums, an dessen Spitze die Regierung als oberste Behörde steht. Zwar heißt es, daß in den demokratischen Ländern die Personen dieser Regierung, die Minister von der Parlamentsmehrheit bestimmt werden. Aber sie werden nicht gewählt, sie werden durch Einflüsse hinter den Kulissen, unter Mogelei und Schieberei der Parteihäuser so ausgewählt, daß sie eine Parlamentsmehrheit hinter sich haben. Mag das Parlament also auch in hohem Maße den Volkswillen vertreten, von ihm bis zur Regierung verliert dieser Volkswille wieder viel an Geltung.

Erst in den Personen dieser Regierung begegnet der Volkswille, meistens schon geschwächt und mit anderen Einflüssen vermischt, dem Beamtentum, welches das Volk unmittelbar regiert und beherrscht. Aber diese Minister sind nahezu machtlos gegen die ihnen nominell unterstellte festgefügte Organisation der Bürokratie. Sie hat alle Fäden in der Hand, sie macht die Arbeit, nicht der Minister. Er geht nach einiger Zeit und macht anderen Politikern Platz, sie bleibt im Amte. Sie läßt sich den Minister gefallen, der sie im Parlamente deckt und sich Gelder für sie bewilligen läßt; sollte er aber gegen sie regieren wollen, so würde er sich einfach unmöglich machen.

Damit ist die sozialdemokratische Auffassung, die Arbeiter könnten durch geeignete Handhabung des allgemeinen Wahlrechts ihre Herrschaft aufrichten und den Kapitalismus aufheben, wohl erledigt. Oder glaubt man, alle diese Beamten, Präsidenten, Geheimräte, Richter, Offiziere und Unteroffiziere, könnten sich etwa auf Gebeiß der Ebert und Scheidemann, oder der Dittmann und Geschwister in Organe der Befreiung des Proletariats verwandeln? Das Beamtentum gehört in seinen Spitzen selbst zu der ausbeutenden Klasse und es hat in den mittleren und niederen Posten eine bevorzugte und sichere Stellung über der übrigen Bevölkerung. Dadurch fühlte es sich solidarisch mit der führenden Schicht, die der Bourgeoisie angehört und durch tausend Fäden von Erziehung Verwandtschaft und Verkehr mit der Bourgeoisie verknüpft ist. Die sozialdemokratischen Führer mögen geglaubt haben, daß sie, wenn sie nur die Stelle der früheren Minister einnehmen würden, durch neue Gesetze den Weg zum Sozialismus für das Proletariat ebnen könnten. In Wirklichkeit ist durch diesen Wechsel der Regierungspersonen an dem Herrschaftsapparat und dem Herrschaftssystem nichts wesentliches geändert; und wenn die Herren das nicht anerkennen wollen, beweist es, daß sie es nur auf die Regierungsposten für sich abgesehen haben und mit diesem Personenwechsel das Ziel der Revolution für erreicht erachten. Dies liegt auch auf der Hand, da die von den Arbeitern selbst geschaffenen modernen Organisationen unter ihrer Führung genau denselben Charakter von Staatswesen im kleinen aufweisen; von Dienern wurden ihre Beamten zu Herrschern, zu einer festgefügten Bürokratie mit eigenen Interessen, der gegenüber die Partei- und Verbandstage immer mehr den schemenhaften Charakter bürgerlicher Parlamente bekamen und nur die Machtosigkeit der Mitgliedermassen zum Ausdruck brachten. Soll damit gesagt sein, daß jeder Benutzung des Parlaments und der Kampf für die Demokratie eine falsche Taktik der Sozialdemokratie gewesen ist? Wir wissen alle, daß unter einem kräftig aufstrebenden, noch unerschütterten Kapitalismus der parlamentarische Kampf ein mächtiges Mittel der Anfrüttelung und der Weckung des Klassenbewußtseins sein kann und auch tatsächlich gewesen ist — so noch zuletzt durch Liebknecht während des Krieges. Dabei durfte aber der wesentliche Charakter des demokratischen Parlamentarismus nie übersehen werden. Er hat den Groll der Massen in sich aufgesogen, ihnen den Schein vorgetäuscht, sie wären selbst die Meister ihres Schicksals, und dadurch jeden Gedanken von einem schärferen Angriff abgelenkt. Er hat dem Kapitalismus unermeßliche Dienste erwiesen, indem er ihm eine ungestörte, ruhige Entwicklung gestattete. Natürlich mußte er dabei die besonders widrige, moderne Form der Spiegelfechterei und der Demagogie des Parteikampfes annehmen, um seinen Zweck des Volksbetrugs erfüllen zu können. Und jetzt erweist die parlamentarische Demokratie dem Kapitalismus einen noch größeren Dienst, indem sie die Arbeiterorganisationen in den Dienst des Erhaltungs des Kapitalismus stellt. Der Kapitalismus ist im Weltkrieg moralisch und physisch so furchtbar geschwächt, daß er nur zu erhalten ist, wenn die Arbeiter selbst ihm wieder auf die Beine helfen. Daher werden überall die sozialdemokratischen Arbeiterführer als Minister eingesetzt, weil nur die ererbte Autorität ihrer Partei und das Trugbild des verheißenen Sozialismus solange ruhig halten kann, bis die alte Staatsordnung wieder genügend gestärkt worden ist. Das ist die Rolle und der Zweck der Demokratie, der parlamentarischen Demokratie in dieser Epoche der Umwälzung nicht den Sozialismus bringen (das kann sie nicht), sondern den Sozialismus aufhalten. Sie kann die Arbeiter nicht befreien, sie kann sie nur fester verklaven, durch Ablenkung ihrer Blicke vom wirklichen Weg zur Befreiung; sie fördert nicht, sondern verzögert die Revolution, sie stärkt die Widerstandskraft der Bourgeoisie und macht so den Kampf für den Sozialismus schwieriger, langwieriger und opferreicher für das Proletariat."

## Die Gelder

Die Gelder flossen aber nur zum Teil in die Produktion und zwar in Hypotheken und Vorschüsse für das Ba